

Ansicht:

Die Parkplätze beim Kantonsspital Winterthur (KSW) sind ein Dauerthema. Am Montag nun hat der Kantonsrat ein entsprechendes Postulat abgeschlossen, wie der «Landbote» schreibt. Kritik für die Parkplatzpolitik gab's für den Stadtrat und für die Spitalleitung – und zwar von Verena Diener. Die grüne Gesundheitsdirektorin ist nämlich der Ansicht, die Stadt habe noch bis vor kurzem für die «unsinnige» Gesamtzahl von rund 800 Plätzen beim KSW plädiert. Und entgegen aller Ökonomie habe die Spitalleitung früher lediglich 25 Franken Monatsmiete für einen Parkplatz verlangt. Nicht in Frage kommt für die Regierung ein unterirdisches Parkhaus mit 300 Plätzen, welches die Stadt früher vorgeschlagen hatte. **nm.**

Günstiger als auf dem Lande.

Zur Randspalte Tadel im «Stadtblatt» vom 11. November: Die EVP ist sich bewusst, dass sie mit ihrem Ja zur Vorlage über die Gemeindegzuschüsse an AHV- und IV-Bezüger nicht allen Freude macht. Es ist eine Tatsache, dass unsere Stadt in einer schwierigen Finanzlage steckt. Die von uns bekämpften Steuerfussenkungen, Abschaffung der direkten Erbschafts- und Handänderungssteuer, haben die von uns befürchteten Probleme mitverursacht. Die geringeren Steuereinnahmen, vor allem der Firmen, andererseits die starke Zunahme von Arbeitslosen und Ausgesteuerten, die Sozial- und Wirtschaftshilfe brauchen, haben zur heutigen Finanzmisere geführt. Der Stadtrat hat entschieden, dass im Rahmen des Sparpaketes Win.03 auch die Sozialen Dienste einen Beitrag zu leisten haben. Da die Kostenbeteiligung der Stadt an die Zusatzleistungen zu AHV/IV von rund

22 Millionen Franken gesetzlich festgelegt ist, besteht nur ein Spielraum bei den freiwilligen Leistungen. Die heutigen Gemeindegzuschüsse wurden in wirtschaftlich guten Zeiten beschlossen mit der Begründung, dass die Lebenshaltungskosten in unserer Stadt höher seien als anderswo. Wer jedoch von den städtischen Angeboten wie die vergünstigten Abonnements des ZVV oder der Kulturlegi Gebrauch macht und für seinen persönlichen Bedarf kostengünstig einkauft, stellt fest, dass für diese Leistungen auf dem Land mehr bezahlt werden muss als in der Stadt. Die in städtischen Verhältnissen höheren Mieten werden ohne Kürzung weiterhin mit dem Mietzuschuss vergütet. Diese Gemeindegzuschüsse werden in den meisten Aussengemeinden nicht gewährt, sodass eine Bezügerin oder Bezüger auch nach der Reduzierung besser fährt als ausserhalb der Stadt. Die EVP-Mitglieder haben sich

ihren Entscheid nicht einfach gemacht im Abwägen, welcher Entscheid eher zu verantworten sei. Auf der einen Seite gibt es kurzfristig keine Alternative, wie die 1,7 Millionen an einem anderen Ort einzusparen sind, und die Befürchtung, dass damit Schulden zulasten zukünftiger Generationen verursacht werden. Und auf der anderen Seite steht der unpopuläre Entscheid, dass weniger privilegierten Menschen auch ein Verzicht zugunsten des Ganzen zugemutet wird. Die EVP hat sich grossmehrheitlich für den zweiten Weg entschieden. Für Härtefälle ist eine individuelle Sonderregelung eingebaut. Die Kürzung bei den freiwilligen Leistungen soll ein Beitrag zur Sanierung unserer Stadtkasse sein. Die EVP lehnt jedoch einen zukünftigen Kahlschlag im sozialen Bereich ab.

Walter Kienast, Präsident EVP Winterthur.

Etwas mehr als blosses Überleben.

Zu Nicolas Galladés Leserbrief in der «Stadtblatt»-Ausgabe vom 11. November: Unter dem Motto «Hände weg von den AHV- und IV-Zusatzrenten» votiert SP-Präsident Nicolas Galladé für ein Nein zur Kürzung der Gemeindegzuschüsse, obwohl er eingesteht, dass die finanzielle Situation der Stadt Winterthur prekär ist. Bei der am 28. November zur Abstimmung stehenden Vorlage geht es darum, den jährlichen Höchstbeitrag des ordentlichen Gemeindegzuschusses an Erwachsene massvoll zu kürzen, konkret 72 Franken monatlich bei bezugsberechtigten Einzelpersonen und 109 Franken monatlich bei Ehepaaren. Die Gemeindegzuschüsse für Kinder bleiben unverändert. Ebenso bleiben die Mietzuschüsse und Vergünstigungen für Monats- und Jahreskarten des Zürcher Verkehrsverbundes bestehen. Neu wird ein ausserordentlicher Gemeindegzuschuss für Härtefälle in die Verordnung aufgenommen. Diese Kürzung, die der Stadt immerhin insgesamt 1,7 Millionen Franken Entlastung bringt, ist sozialverträglich.

Alle sind dazu aufgerufen, ihren Beitrag entsprechend den Möglichkeiten zu leisten. Ein Ja zur Verordnung ist ein massvoller Schritt in die richtige Richtung.

Dieter Kläy, Präsident FDP Winterthur.

Wer wäre von den Kürzungen der Gemeindegzuschüsse betroffen? Zusatzleistungen beziehen Rentnerinnen und Rentner der AHV und der IV – also Menschen, die auf Dauer und oft während dem Rest ihres Lebens auf Unterstützung angewiesen sind. Da geht es nicht nur um eine kurzfristige Überbrückung. Deshalb können diese Menschen nicht so einfach den Gürtel enger schnallen, ohne dass die Folgen einschneidend sind. Es geht nicht nur darum, genug zum Essen und für den Mietzins zu haben. Rentnerinnen und Rentner müssen Reparaturrechnungen bezahlen, gelegentlich den Staubsauger oder das Geschirr ersetzen und irgendwann brauchen sie ein neues Sofa oder Bett. Für all das und vieles mehr braucht es

Rückstellungen. 72 Franken pro Monat sind für viele von uns verschmerzbar. Aber diese Menschen, die ohnehin schon zu den Schwachen der Gesellschaft gehören, würde es hart treffen. Oder wollen Sie, dass der AHV-Rentner den Mitgliederbeitrag seines Vereins nicht mehr bezahlen kann und der IV-Rentnerin das Geld für einen Kinobesuch fehlt? Dass Familienangehörige und Freunde nicht mehr zum Essen eingeladen werden, das Enkelkind kein Geburtstagsgeschenk erhält oder das Haustier weggegeben werden muss? Beteiligung am gesellschaftlichen und kulturellen Leben ist wichtig für ein Leben in Würde, verlangt aber etwas mehr als blosses Überleben. Der Stadtkasse geht es schlecht, es muss gespart werden, aber nicht dort, wo es Menschen trifft, die ohnehin finanziell benachteiligt sind. Eine Halbierung der Gemeindegzuschüsse ist sozial nicht verantwortbar, deshalb bitte ich Sie, Nein zu stimmen zur stadträtlichen Sparvorlage.

Marianne Ott, SP-Gemeinderätin, Winterthur.

Grenze stehen lassen. Briefe.

Ein Nein zum Stammzellenforschungsgesetz ist nicht a priori Ausdruck von Hinterwäldlertum, Forschungsfeindlichkeit und religiösem Fundamentalismus. Wer Nein stimmt, sagt nicht, dass er Parkinson- und andern Kranken nicht helfen will. Das Nein ist Ausdruck von Skepsis und gar Misstrauen. Gründe für Misstrauen gibt es einige. Gemäss dem Gesetz über die künstliche Fortpflanzungsmedizin (2001) dürfen eigentlich keine überzähligen Embryonen mehr erzeugt und konserviert werden. Nun sollen noch Embryonen aus der Zeit vor dem Erlass dieses Verbotes vorhanden sein. Es ist die Rede von 30, aber auch von 1000. Es sei zudem damit zu rechnen, dass immer wieder überzählige Embryonen anfallen werden. Was, wenn dann aufgrund von realen Forschungsergebnissen – in England,

Spanien, Israel und anderswo wird wacker an embryonalen Stammzellen geforscht – die Lust auf vielversprechende Projekte erwacht, wenn das grosse Geld lockt? Welche Schranken wären hoch genug, um nicht legal (durch Gesetzesänderung) oder illegal überschritten zu werden? Warum überhaupt diese Vorlage? Weil es ums Leben geht, um die Frage der Verfügbarkeit menschlicher Ursubstanz, um die Frage, ab wann ein Mensch ein Mensch sei, um die Frage, was Menschen mit Menschen anstellen dürfen. Es gab seit Bestehen der Menschheit viele Definitionen der Menschwerdung, aber es gibt bis heute nicht die allgemein gültige Antwort. Das Nein heisst, die unbeantwortete Frage als Grenze stehen lassen.

Ursula Braunschweig-Lütolf,
SP-Kantonsrätin, Winterthur.

Liebe Leserinnen, liebe Leser. Auf diesen Seiten sind Ihre Meinungen zu ärgerlichen, erfreulichen oder aufwühlenden Themen und Erlebnissen des täglichen Stadtlebens gefragt und sehr erwünscht! Auch Feedback auf redaktionelle Artikel und auf Kolumnen, die im «Stadtblatt» publiziert wurden, wird gerne abgedruckt. Die Redaktion behält es sich auf diesen beiden Seiten allerdings vor, die eingesandten Leserbriefe nach allgemeinem Kürzungsrecht dem Sinn nach zu redigieren und gegebenenfalls zu kürzen. Bitte senden Sie Ihre Beiträge an: «Stadtblatt», Garnmarkt 1, Postfach 2411, 8401 Winterthur; Fax: 052 212 75 07; E-Mail: redaktion@stadtblatt.ch.

Redaktion & Verlag.

Ein Hotel für die Chaoten.



Intermezzo.

Als Ernst Wohlwend im Jahr 2002 das Zepter in die Hand nahm und neben der zur Chef-sache erklärten Stadtentwicklung auch mit einer verheissungsvollen Ankündigung einer neuen Winterthurer Kulturpolitik aufwartete, war Winterthur gespannt.

Die Spannung stieg tatsächlich und steigt sogar noch. Dies aber weder wegen der Stadtentwicklung, die leider nur Steuermillionär-Phantome anlockt, noch wegen der angekündigten Kulturdiskussion, die nie stattfand. Da die sechstgrösste Schweizer Stadt auch wirtschaftlich – ausser Hiobsbotschaften für die städtischen Angestellten, die Steuerzahler und die Autofahrer – nichts zu vermelden

hat, muss sie sich im hart umkämpften Standort-Wettbewerb neu positionieren. Analysiert man die Chancen und Schwächen dieser Neupositionierung, stellt man fest, dass sich als Chance die leeren Häuser und Hallen anbieten und als Schwäche, dass kein Geld für Marketingmassnahmen vorhanden ist.

Und Winterthur war erfolgreich, denn spätestens seit dem letzten Wochenende gilt Winterthur auch national als Mekka der linken Chaoten, wie SF DRS und Tele Züri gratis berichteten. In den leeren Häusern und Hallen wird rege gefeiert, die Infrastruktur als Barrikade genutzt, angesprayed oder einfach zerstört und dies unter polizeilichem Schutz, der vor der Türe wacht, bis es Morgen wird. Dafür ist aber für einmal nicht Ernst Wohlwend verantwortlich, also eigentlich ja schon als Stadtpräsident, aber diese Schlacht überlässt er gerne dem Polizeivorstand Hans Hollenstein. Diesem kommt das wiederum gar nicht gelegen, steckt er doch mitten im Wahlkampf. Und doch hat er gesagt, er sei sehr froh um diese Diskussion.

Und auch er findet die jüngsten Vorfälle schlecht und schädlich für un-

sere Stadt, und er will die motivlosen Chaoten in die Schranken weisen und gleichzeitig den Dialog suchen. Diese Worte passen doch zur CVP, nur ja niemandem auf die Spraydose treten. Leider hat Herr Hollenstein weder bei der Besetzung des Sulzer Hochhauses noch bei der Besetzung des Sidi-Areals noch bei der jüngsten Besetzung der Sulzer-Hallen im Vorfeld davon Wind bekommen. Denn Che Guevaras Sprösslinge sind mit SMS und E-Mail ausgerüstet. Die nächste Demo, eine Anti-SVP-Demo am 27. November, aber ist geplant, es gibt einen offiziellen Flyer und die Bewilligung ist eingereicht.

Die grosse Chance also, sich im Regierungsratswahlkampf zu profilieren. Mit der Bewilligung der SVP-Demo kann sich Herr Hollenstein so ziemlich jede SVP-Stimme abschminken, mit der Nichtbewilligung kann er die Unterstützung von links vergessen. Vielleicht sollte sich die Stadt überlegen, auf einen weiteren Trend aufzuspringen und für die obdachlosen Chaoten, wenigstens für die nächsten Monate, ein ganzes Hotel mieten.

Natalie Rickli.

Zitat: _____

«Gerade beim Sulzer-Hochhaus wäre eine Besetzung zu verhindern gewesen, hätte der Stadtrat den Eigentümern ins Gebot genommen, damit er die Liegenschaft nicht einfach brachliegen lässt.»

SP-Gemeinderat Hans Ulrich alias Jack Würgler verstand seine Äusserung in der Gemeinderatssitzung am Montag nicht als Rechtfertigung für Demonstrationen und Hausbesetzungen der letzten Monate. Er stelle nur die Frage nach den Ursachen. Und die Ursache für die häufigen Ausschreitungen von Linksaktivisten in Winterthur sieht Würgler darin, dass hier viele Liegenschaften brachliegen. Die besagten Eigentümer – im Fall Sulzer-Hochhaus ist dies Bruno Stefanini – schädigten gemäss Würgler das Image der Stadt ebenso wie die Chaoten. **blu.**